

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/240

Bonn, den 16. Dezember 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	Ulbrichts neuer Laufsteg ----- Ost-West-Beziehungen des "sowohl als auch"	70
1a	CDU mit einer Stimme? ----- Ein frommer Wunsch	22
2 - 4	Mitteistand ----- Erwachter Riese Von Horst Ausschill	133

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Formel für Oder-Neiße-Linie
Verhandlungen ohne Vorbedingungen
LAG-Gesetzesvorlage der CDU/CSU stiftet Verwirrung und Unordnung
Neue Mitglieder im Kontrollausschuß beim Bundesausgleichsamt
Jaschke sprach das Schlußwort zur Kriegsopferversorgung
BdV anerkennt sozialdemokratische Initiative
Jugend aus Ost und West zusammenbringen
Karl Kern als Übersetzer ausgezeichnet
Uraufführung von Günter Bialas

Ulbrichts neuer Laufsteg

Ost-West-Beziehungen des "sowohl als auch"

sp - Der Staatsratsvorsitzende der DDR, Walter Ulbricht, hat mit sechswöchiger Verspätung erstmalig öffentlich zum Angebot Bonns über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen Stellung genommen. Sicher wollte er zunächst das Ergebnis der letzten Ostblockgipfelkonferenz in Moskau abwarten, auf der er sich nicht mit seiner Alles-oder-Nichts-Politik durchsetzen konnte. Jetzt hat er eine Linie bezogen, die man am besten mit den Worten "sowohl als auch" bezeichnen könnte.

Hierbei ist anzumerken, daß Ulbricht immerhin zugibt, es habe sich in der Bundesrepublik seit der letzten Bundestagswahl einiges geändert. Da man in Moskau erklärt hat, bilaterale Verhandlungen zwischen den einzelnen Ostblockstaaten und der Bundesrepublik seien nicht unbedingt zu verwerfen, geht Ulbricht - natürlich mit Rabatt - ebenfalls auf diesen Laufsteg möglicher Ost-West-Beziehungen. Einerseits verzichtet er darauf, die alte Maximalforderung nach völkerrechtlicher Anerkennung zu stellen, andererseits meldet er erneut Vorbedingungen bzw. Voraussetzungen für das Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz an. Damit stellt er sich jedoch in einen Gegensatz zu den anderen Staaten des Warschauer Paktes, die alle ausdrücklich betonen, daß eine europäische Sicherheitskonferenz ohne Voraussetzungen oder Vorbedingungen zustandekommen sollte.

Es ist nicht unsere Sache, darüber zu befinden, wie die Regierungen der Staaten des Warschauer Paktes diesen Widerspruch in Ulbrichts Politik aufzulösen gedenken. Unsere Sache ist es jedoch, darauf hinzuweisen, daß Ulbricht - wenn er von den anzuerkennenden Realitäten spricht - auch die Realitäten respektiert, die außerhalb seines eigenen Machtbereiches seit 1945 in Europa entstanden sind. Zu diesen Realitäten gehören die EWG und die NATO, Organisationen also, mit denen die Bundesrepublik Deutschland eng verbunden ist. Ferner gehören zu den Realitäten bei uns das freiheitliche und von der überwiegenden Bevölkerung in der Bundesrepublik anerkannte Staats- und Gesellschaftssystem der parlamentarischen Demokratie. Genauso wie in Bonn kein vernünftiger Mensch daran denkt, die Realitäten jenseits der Demarkationslinie mit Gewalt ändern zu wollen oder sich in einer anderen Form in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen, genauso dürfte Ulbricht wissen, daß er der Bundesrepublik gegenüber die gleiche Kaltung einzunehmen hat; es sei denn, er wolle auf irgendeine uns verborgene Weise die Bundesrepublik aus ihren Allianzen und die DDR von ihren Verbündeten trennen.

Was nun die völkerrechtliche Position der DDR uns gegenüber anbetrifft, so ist es allgemeine Auffassung der Staatsrechtslehre, daß es völkerrechtlich verbindliche Verträge zwischen Staaten auch ohne eine "völkerrechtliche Anerkennung" gibt. Mit seiner Forderung, einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik auf der Grundlage der völligen Gleichberechtigung und der Nichtdiskriminierung anzustreben, rennt Ulbricht offene Türen ein. Bundeskanzler Brandt hat in seiner Regierungserklärung die Bereitschaft der Bundesrepublik zu

verbindlichen Abkommen mit der DDR über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt vorgeschlagen. Und in der Aussprache über die Regierungserklärung fügte Brandt dieser grundsätzlichen Bereitschaft noch hinzu, Bonn wolle mit der Regierung in Ostberlin "auf gleicher Basis ohne Diskriminierung" verhandeln.

Das aber weiß Ulbricht genau so gut wie wir. Seine Taktik besteht also offensichtlich darin, sich den Anschein zu geben, als habe er jetzt nichts gegen bilaterale Gespräche zwischen den Ostblockstaaten und der Bundesrepublik einzuwenden, um sich im Falle von konkreten Ergebnissen in diese Gespräche einschalten zu können. Sollten diese Gespräche jedoch ohne Ergebnis bleiben, hätte Ulbricht aufgrund seiner letzten Erklärung immer noch die Möglichkeit, sich auf die alten harten Positionen Ostberlins zurückzuziehen.

Wie dem aber auch sei: In Ostberlin sollte man wissen, daß auch die neue Bundesregierung die DDR nicht als einen fremden Staat betrachtet, also nicht als Ausland anerkennen wird. Dies schließt nicht den Abschluß völkerrechtlich verbindlicher Vereinbarungen aus. Sollte es in absehbarer Zeit zu Ost-West-Vereinbarungen in einem größeren Rahmen kommen - etwa bei den Verhandlungen zwischen den Amerikanern und den Sowjets in Helsinki -, wird sich Ulbricht entscheiden müssen, ob er für alle Zeiten die Rolle des letzten Kalten Kriegers in Europa zu spielen gedenkt. Er würde sich dann, bestimmt unfreiwillig, in die Gesellschaft jener Politiker in der Bundesrepublik begeben, die nach jeder in Ostberlin gehaltenen Rede behaupten, es habe "doch alles keinen Sinn".

+ + +
K B B
CDU mit einer Stimme?

Ein frommer Wunsch

sp - "Der Arbeitgeber", das offizielle Organ der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat der CDU den Rat gegeben, "sie müsse lernen, mit einer Zunge zu sprechen". Der Ratschlag ist verständlich, ist er aber auch durchzuführen? Die CDU leidet unter einer Vielzahl von Meinungen, Gegensätzlichkeiten und Strömungen; sie lassen sich eben nicht über einen Kamm scheren. Die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der CDU-Sozialausschüsse sind wohl unvereinbar mit den Zielen, die der mächtige CDU-Wirtschaftsrat verfolgt. Solange die Christdemokraten den Staat beherrschten, gelang es ihnen, ihre eigenen Konflikte zu verdecken. Sie verließen sich auf die Ausübung der Macht als Ersatz für ein klares, in sich konsequentes und den Gegebenheiten der modernen Industriegesellschaft Rechnung tragendes Parteiprogramm. Selbst Parteiprogramme und Wahlaufträge hatten für sie keine Verbindlichkeit. Diese für die CDU doch recht bequeme Zeit ist nun vorbei, sie ist jetzt als Oppositionspartei gezwungen, mit sich selbst ins Reine zu kommen.

So wird der Ratschlag des "Der Arbeitgeber" ein frommer Wunsch bleiben. Mit einer Zunge zu sprechen, setzt voraus, daß man weiß, was man dem Bürger zu sagen hat. Die Union spricht derzeit mit vielen Zungen; sie alle zusammen ergeben einen Chor von Dissonanzen, der doch sehr abschreckt.

+ + +

Mittelstand

Erwachter Riese

Von Horst Ausschill

Der schlafende Riese Mittelstand, jener vielgestaltige Bereich unserer nationalen Wirtschaft, in dem sich viele Millionen als Angehörige freier Berufe, als Handwerker, Kaufleute und kleine und mittlere Unternehmer ihr tägliches Brot verdienen, hat sich endlich gerührt. Das Bild eines im Schlaf überwältigten Gulliver drängt sich auf: Ein Gliederrecker benützt, um die zahllosen, listig gesponnenen Umgarnungen und Fesseln zu sprengen, mit denen man ihn generationenlang im Schatten der technischen, Wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entwicklung hatte liegen lassen. Nun ist er erwacht und regt sich; er hat damit - und das Wort ist nicht zu groß gewählt - eine Zeitenwende eingeleitet.

Die Wahlanalysen zeigen deutlich: Gerade aus dem mittelständischen und angelagerten Bereich kam jener wahlpolitische Flugsand angeweht, der schließlich, vorm Wind der natürlichen Entwicklung liegend, zur Wanderdüne anwuchs und den Ausschlag gab. Zum ersten Male wurde - untrügliches Zeichen einer sich festigenden Demokratie - ein Wahlkampf nicht mit extremen Parolen und im Nebel nationaler oder anderer untergründig rumoren-der Emotionen ausgetragen und gewonnen, sondern in offener Feldschlacht um ein konkretes wirtschaftliches Thema: um die Aufwertung. Mit staunender Sympathie nahm es die Welt zur Kenntnis. Wirksamer als die in den heimlichen Werkstätten der Großwirtschaft vorgestanzten Sprüche und Versprechungen des CDU-Mittelstands-Schmücker erwies sich dabei Schillers klarer Appell an den wirtschaftlichen Sachverstand des mündiger gewordenen Bürgers. Im nachhinein ist auch leicht einzusehen, daß gerade aus dieser breiten Masse der selbständig und eigenverantwortlich Wirtschaftenden ein eindrucksvoller Beweis ihrer wachsenden und im täglichen Existenzkampf geübten wirtschaftspolitischen Urteilskraft zu erwarten war.

Nun, der schlafende Riese ist erwacht, die Sache ist entschieden - was kümmert es noch, daß Schmücker, der glücklose Feldherr, zur Strafe von seiner eigenen Partei in den Mannschaftsstand zurückversetzt wurde? Was könnte auch sein Nachfolger interessieren, solange dieser den gleichen Weg wie Schmücker geht? Die gewaltige "Band-Breite" der Oppositionsfraktion, die zwischen Flick-Pohle und den Mannen um Kätzer die Ausdehnung einer trennenden Wüstenei annimmt, wird ihr ausreichendes Gelände für jene bisher leichtfertig unterlassenen internen Gefechtsübungen bewahren, in denen der Widerstreit echter Interessen ausgetragen und jene umfassende Mittelstandsformel errungen werden muß, die sie der von den sozialdemokratischen Mittelstandspolitikern entworfenen und von Dr. Klaus von Dohnany formulierten Konzeption als Alternative entgegenhalten könnten. Wahrscheinlich wird die Oppositionsfraktion bei dieser Gelegenheit erkennen und feststellen müssen, was sie in Wirklichkeit ist: Kein einzig Volk von Brüdern mehr, die sich zur Sicherung des Kanzlerpostens zusammengeschlossen haben, sondern ein schwer zu zählendes Bündel mehr oder weniger

gegenläufiger Interessen, umschlossen nur noch von einem schmerzhaft verkrusteten Fraktionsmantel.

Zerbrochene Mittelstandspolitik

Doch wie immer die Union es damit halten mag: Ihre Mittelstandspolitik ist zerbrochen, zugrunde gegangen an der schlichten Tatsache, daß sie mehr und mehr zu einer gegen die Interessen der mittelständischen Wirtschaft gerichteten Politik geworden war.

Man muß kein gewiegter Analytiker sein, um dies zu erkennen, der gesunde Menschenverstand genügt. Lassen wir einmal alle Übertreibungen, allen Bluff und alles wahltaktische Geschrei beiseite, so reicht das aus, um im täglichen Leben die Augen offenzuhalten und einmal kritisch zu betrachten, was um uns heute geschieht: Wie der kleine, selbständige Wirtschaftende, sei er Handwerker, Kaufmann, Angehöriger eines freien Berufes oder kleiner oder mittlerer Unternehmer, in einem ständig sich verschärfenden Wettbewerb und mit einem Arbeitseinsatz, der oft genug über die 60-Stunden-Woche hinausgeht und obendrein die unentgeltliche Mitarbeit der übrigen Familienmitglieder erforderlich macht, eine volkswirtschaftliche Leistung erbringt, die sich in ihrer Gesamtheit sehr wohl mit der Großwirtschaft zu messen vermag und - denkt man an das Steueraufkommen der mittelständischen Wirtschaft und ihr anti-zyklisches, krisenresistentes Verhalten in rezessionsgefährdeten Zeiten - das eigentliche wirtschaftliche Rückgrat unseres nationalen Wirtschaftskörpers darstellt. Mag einer jedoch noch so fleißig sein und noch so sehr sich mühen - strukturelle Veränderungen und damit verbundene Anpassungsschwierigkeiten, regionale und sektorale Handikaps, Steuernachteile vermeidbarer und unvermeidbarer Art, Arbeitskräftemangel, überteuerte Kapitalbeschaffung, die natürlichen Nachteile des Wirtschaftens im Kleinen und nicht zuletzt die Ohnmacht des Schwachen gegenüber dem zuweilen recht hemdsärmeligen Vorgehen der marktstarken und marktbeherrschenden Großen - denken wir nur an die Bereiche der Ölgesellschaften, der Brauindustrie, Kraftfahrzeugindustrie usw. - lassen ihn nur selten auf einen grünen Zweig und zu einer gesicherten Zukunft kommen. Immer mehr arbeiten, immer mehr Steuern zahlen und im übrigen schön brav bei der vorgehaltenen politischen Stange bleiben, das war die Aschenbrödelrolle, die der allmächtige CDU-Wirtschaftsrat der mittelständischen Wirtschaft zuge-dacht hatte.

Großwirtschaft tonangebend

Trotzdem - niemand kann es bestreiten - ist dieses Wohlverhalten der mittelständischen Wirtschaft von den christdemokratischen Machthabern niemals so recht gewürdigt worden. Stets führten bei ihnen die Männer der kapitalintensiven Großwirtschaft wie Abs, Flick und Strauß das große Wort, und sie waren es auch, die das gesamtwirtschaftliche "Klima" in unserem Lande bestimmten. Gewiß, in diesem Klima braucht niemand, der zwei Hände hat, zu verhungern. Es kann

jedoch auch niemand leugnen, daß in einer Wirtschaftsordnung, die allzu einseitig auf die besonderen Interessen der kapitalstarken, weltweit operierenden und deshalb exportorientierten Großwirtschaft eingestellt ist, die mittelständische Wirtschaft, die auf eine stabile, spannungsfreie Binnenwirtschaft angewiesen ist, mehr und mehr ins Hintertreffen geriet. Nicht zuletzt dieser einseitigen Ausrichtung haben wir die sträflich hinausgeschobene Aufwertung und die damit zwangsläufig verbundene Anpassungsinflation zu verdanken. Hier liegen auch die tieferen Gründe dafür, daß unsere exportlastige Wirtschaft wie eine Kerze an zwei Enden brennend, in eine Phase ernsthafter Überhitzung geriet - allzu lange war der Schweiß unseres Volkes und der Ertrag seiner Arbeit allzu wohlfeil auf dem Weltmarkt verschleudert worden.

Heute schon ist sich so ziemlich die gesamte Wirtschaft darin einig, daß die von Kiesinger noch im letzten Augenblick verfügte Auflassung der Wechselkurse und die damit notwendige Neufixierung der D-Mark uns erheblich billiger gekommen wäre, wäre sie bereits zu dem von Professor Schiller empfohlenen Zeitpunkt erfolgt. Dieses Versagen der CDU/CSU und die damit auf ihr lastende bereits wirtschaftshistorisch gewordene Verantwortung konnte Strauß auch nicht mit jenem spektakulären Theater-Coup im Bundestag vertuschen, der von vielen seiner Fraktionsfreunde in holder Ahnungslosigkeit beklatscht, von Professor Schiller mit nachsichtiger Ironie als "Attacke im Morgengrauen", von der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" jedoch als schiere "Geschichtsklitterei" abgetan wurde. Im Übrigen war es ohnehin der Hauptzweck dieses parlamentarischen Scheingefechtes gewesen, den eigentlichen Hintermännern und Verursachern des Währungsmales das unbemerkte Verlassen des Gefechtsfeldes zu erleichtern.

Das Schlimmste verhütet

Doch vorbei ist vorbei. Wem könnte es großen Nutzen bringen, die Knochen der christdemokratischen Mittelstandshelden von gestern aus einem Grab ins andere zu schleppen, denn schließlich hat die rasche und wirksame Währungsentscheidung der Regierung Brandt/Scheel gerade noch rechtzeitig das Schlimmste verhütet und damit bereits erste Voraussetzungen für eine bruchlose Überleitung des hektischen, selbstzerstörerischen Booms in jene zukunftssträchtige, spannungsfreie Weiterentwicklung vor allem unserer Binnenwirtschaft geschaffen, die nach Auffassung der sozialdemokratischen Mittelstandspolitiker allein Stabilität und Zukunft unserer mittelständischen Wirtschaft, zu sichern vermag. Nunmehr ist es, so glauben sie, an der Zeit, den Blick nach vorn zu richten in die Zukunft. Nachdem das Wahlkampfgetöse verhallt und die Pulverschwaden um den Bonner Regierungshügel abgezogen sind, mag dieser in der Tat für die sozialdemokratische Mittelstandspolitik einen besonders günstigen Aussichtspunkt abgeben.